



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Stellungnahme des Landes zum Börsengang der DB AG

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag missbilligt die öffentlichen Äußerungen von Verkehrsminister Dietrich Austermann, der sich gegen die Trennung von Netz und Betrieb ausgesprochen hat, obwohl der Landtag im März 2007 das Gegenteil beschlossen hat (siehe Drs. 16/1280).
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Teilprivatisierung der Bahn abzulehnen. Die Landesregierung wird aufgefordert im Bundesrat Änderungen des Gesetzesentwurfes gemäß dem Landtagsbeschluss vom März 2007 (Drs. 16/1280) zu beantragen.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt angesichts der Diskussion um die Teilprivatisierung der DB AG seinen Beschluss vom März 2007, dass es weiterhin Ziel ist, eine Trennung von Netz und Betrieb der DB herbeizuführen.

Begründung:

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Teilprivatisierung der DB AG ist auf heftigen Widerstand mehrerer Bundesländer gestoßen, die den Gesetzesentwurf im Bundesrat stoppen wollen. Der Presse (KN vom 26.7.07; Landeszeitung vom 25.7.07) war zu entnehmen, dass die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit dem Gesetzesentwurf zufrieden ist und Minister Austermann ausdrücklich eine Trennung von Netz und Betrieb ablehnt. Diese Haltung widerspricht dem Landtagsbeschluss Drs 16/1280 vom März 2007, wo es heißt: „Ziel ist es weiterhin, eine Trennung von Netz und Betrieb herbeizuführen.“

Die Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 2. August 2007 in Berlin hat beschlossen, dass der von der Bundesregierung vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes“ den mit einstimmigen Beschlüssen der Verkehrsministerkonferenz vom 22./23. 11.2006 und 18./19.4.2007 artikulierten Interessen der Länder nicht Rechnung trägt. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung für die Verkehrspolitik werden die Länder den Gesetzesentwurf gutachterlich überprüfen lassen. Das Gutachten soll bis zum 15.9.2007 vorgelegt werden. Auch die Landesregierung von Schleswig-Holstein ist gehalten, die SPNV-Interessen eines Flächenlandes gegenüber dem Bund zu vertreten.

Detlef Matthiessen

und Fraktion